

Europa im Wandel

Teil 12: Polen ist das größte, reichste und für eine Reihe von Beobachtern auch das politisch wichtigste Beitrittsland der EU. Aber es hat auch die meisten Probleme. Belastet mit dem größten und unwirtschaftlichsten Agrarsektor des ehemaligen Ostblocks sind die Polen sehr aufgebracht darüber, dass sie weniger Agrarsubventionen als die derzeitigen EU-Mitglieder erhalten sollen. Die Regierung hat die schwere Aufgabe, die zunehmend kritische Bevölkerung von den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft zu überzeugen. Die Aussichten auf ein „Ja“ beim Referendum im nächsten Jahr sind dennoch nicht ohne Chance.

Jennifer Macey schildert die Situation.

Der Bauernhof der Adamczyks in Baranovka, 30 km nordöstlich von Krakau ist viel kleiner als ein durchschnittlicher Hof in der Europäischen Union - nur etwas über zweieinhalb Hektar.

Der Schweinestall ist genau hinter dem Haus, neben der Einfahrt, wo man eigentlich die Garage erwarten würde. Vier Säue, ein Eber und 17 Ferkel fressen zufrieden den Mais, der hier von den Adamczyks angebaut wird. Krystyna und Dariusz (pron: Dariusch) pachten zusätzlich acht Hektar Land, wo sie Kartoffeln anpflanzen. Damit gehören sie zu den größten Bauern des Dorfes, denn die durchschnittliche Größe der Ländereien beträgt fünf Hektar.

Aber sie sind trotzdem besorgt, dass sie nicht mehr wettbewerbsfähig mit den größeren Bauernhöfen des Westens sein werden, wenn Polen der EU beitrifft.

"Die sagen, dass keine Höfe vernichtet werden. Wenigstens die Bauernhöfe, die größer als ein Hektar sind, werden subventioniert - aber wir haben trotzdem unsere Zweifel, weil wir gehört haben, dass die Bauernhöfe in Deutschland, Frankreich oder anderen Ländern riesig sind. Ich meine 50, 100 oder 500 Hektar. Ich bin mir nicht sicher, ob wir uns hier solch große Bauernhöfe leisten könnten. Wir haben kein Geld, um Land für einen 20 oder 100 Hektar großen Bauernhof zu kaufen."

Wenn Polen der EU beitrifft, heißt das nicht automatisch, dass Bauernhöfe schließen müssen, weil sie zu klein sind. Aber Bauernhöfe, die kleiner als ein Hektar sind, haben keinen Anspruch auf EU Subventionen. Die EU macht sich bereits große Sorgen über die hohen Kosten einer EU-Erweiterung. Sie bietet den neuen Mitgliedern nur 25 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Subventionen und plant, während einer Zeitspanne von zehn Jahren noch auf 100 Prozent aufzustocken. Das hat viele Bauern in Polen aufgebracht. Krystyna Adamczyk ist sich daher nicht sicher, ob sie den EU Beitritt Polens unterstützen soll.

"Wir haben einige Vorbehalte. Was die Subventionen der EU betrifft, werden wir nicht das gleiche bekommen wie deutsche und französische Bauern, die 100 Prozent subventioniert werden. Wir werden nur einen Bruchteil davon erhalten, und darüber sind wir nicht glücklich. Wir wollen wie die EU-Bauern behandelt werden, zumindest was die gleichen Subventionen betrifft. Ich glaube, es ist nicht so schlimm, wenn wir wie die EU Bauern behandelt werden."

Neben seiner Arbeit auf dem Bauernhof ist Dariusz noch als Wachmann in der nahe gelegenen Stahlfabrik in Nowa Huta (sprich: Nova Hoota) tätig. Deshalb bleibt wenig Zeit übrig, die Nachrichten anzuschauen. Die Adamczyks beklagen sich, dass sie nicht ausreichend darüber informiert werden, welche Auswirkungen Polens EU-Beitritt auf Bauernhöfe ihrer Größe haben.

"Wir sind einfach nicht hinreichend informiert, um über die Sache entscheiden oder Schlüsse ziehen zu können. Ich glaube, wir sind zu wenig über die Zukunft informiert".

Polen besitzt den größten landwirtschaftlichen Sektor aller Beitrittsländer. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung lebt in ländlichen Gegenden und arbeitet auf Polens zwei Millionen Bauernhöfen. Trotzdem trägt die Landwirtschaft nur fünf Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei und macht Polen damit zum unwirtschaftlichsten Agrarstaat in Europa. Wegen des Rückgangs des Wirtschaftswachstums in Polen und der wachsenden Zahl der Arbeitslosen, die inzwischen 19 Prozent erreicht hat, haben die meisten Kleinbauern kaum eine Chance, woanders einen Job zu bekommen. Viele Bauern bessern ihre dürftige Rente oder ihr Arbeitslosengeld mit dem Verkauf von

überschüssiger Ware auf den örtlichen Märkten auf, so wie hier in Nowa Huta, einem nichtindustriellen Vorort von Krakau, der 20 km vom Bauernhof der Adamczyks entfernt ist.

Hier trifft das alte Polen auf das neue. Eine ältere Frau, die ein paar Hektar Land hat, verkauft Karotten, Rüben und Kartoffeln, die offensichtlich frisch ausgemacht worden sind. Sie hat auch einen großen Korb voller Bigos - polnisches Sauerkraut und den berühmten polski orgorki, aber sie scheint nicht viel davon zu verkaufen. Ihr gegenüber verkauft ein junger Bauer, der sich Düngemittel und moderne landwirtschaftliche Geräte leisten kann, grellrote Tomaten und Zucchini, die entweder im Gewächshaus gezüchtet oder von der EU importiert wurden. Er macht ein hervorragendes Geschäft.

Der 55-jährige Jozef besitzt vier Hektar Land in der Nähe von Proszowice, wo er ein paar Hühner hat und Gemüse anbaut. Er macht sich über den EU-Beitritt Polens große Sorgen.

"Ich bin eher unzufrieden, sehr unzufrieden darüber. Nirgendwo werden wir unsere Produkte verkaufen können. Es werden viele ausländische Produkte von der EU auf unseren Markt geworfen und alles, was wir mit unseren Produkten machen können, ist, sie in die Wisla zu schmeißen. „

Die Wisla ist Polens längster Fluß, der durch Krakau und die Hauptstadt Warschau fließt. Viele Bauern haben Angst, dass der Markt mit Produkten der industrialisierten, westlichen Bauernhöfe überschwemmt wird, wenn die Grenzen zur Europäischen Union geöffnet werden. Und das Problem der landwirtschaftlichen Subventionen sitzt tief in allen Köpfen. Franciszek Kurowski (Fancheeshek Koorovski) besitzt vier Hektar und baut Karotten und Pastinaken an.

"Wenn sie uns die gleichen Subventionen geben, dann werden wir beitreten, wenn sie das nicht machen, eben nicht."

Doch die EU weigert sich, ihren Standpunkt zu den landwirtschaftlichen Subventionen zu ändern. Und die EU-Delegation in Warschau hat die schwierige Aufgabe, die polnischen Verhandlungspartner und die ländliche Bevölkerung von den Vorteilen einer Mitgliedschaft zu überzeugen. Jean Marc Trarieux von der EU-Delegation in Warschau ist für die Bereiche Landwirtschaft und Wettbewerb verantwortlich.

"die öffentliche Meinung und besonders die Bauern sollten das Ganze als ein ausgewogenes Paket sehen, weil damit Gelder flüssig gemacht werden. Direkte Subventionen sind nur ein Teil, der andere Teil sind Förderungen der Struktur, ländliche Entwicklungsmaßnahmen und Marktverbesserungsmaßnahmen. Marktverbesserungsmaßnahmen heißt aber nicht mehr Geld in die Taschen der Nutznießer, sondern stabile Preise, Intervention. Anders gesagt, dieser garantierte Absatz ist unbezahlbar."

Doch Polen hat sich auf das Thema versteift. Die Regierung versucht nun in Verhandlungen eine schnellere Aufstockung zu erreichen - 100 prozentige Subventionierung in sechs anstatt in zehn Jahren. Landwirtschaftsminister Jaroslaw Kalinowski sagt, dass das das Hauptthema bleibt.

"Die EU-Vertreter erzählen uns oft, dass wir uns nicht so auf die Subventionen versteifen sollen, sondern die direkten Subventionen als ein Ganzes betrachten sollen. OK, wir versuchen ja das Ganze zu betrachten, doch die Hälfte der Zeit sprechen wir über direkte Subventionen. Und das ist ja nicht überraschend, weil die direkten Subventionen sehr wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit des landwirtschaftlichen Sektors ist. Ohne die direkten Subventionen würde die europäische Landwirtschaft komplett anders aussehen. Sie haben einen enormen Einfluss auf den Wettbewerb. Wir wollen, dass unsere Bedingungen erfüllt werden. Und nach einem Beitritt in die EU wollen wir einheitliche Bedingungen für einen gemeinsamen Markt. Sonst wird das Prinzip eines gemeinsamen Markts zusammenbrechen. Und unsere Bauern blieben diskriminiert."

Die Bauern in Polen haben eine mächtige Lobby. Landwirtschaftsminister Kalinowski gehört der links von der Mitte stehenden polnischen Bauernpartei an, die zusammen mit der demokratischen linken Allianz SLD, die von Premierminister Leszek Miller geführt wird, die regierende Koalition bildet. Die oppositionelle radikale Bauernpartei Samoobrona oder Selbstverteidigungspartei, tritt offen gegen die EU auf, und ihr aufmüpfiger Chef Andrzej Lepper steht häufig an der Spitze öffentlicher Proteste.

Außerhalb des Parlaments ist die Lobby der zahlreichen Bauernverbände sehr aktiv. Mit über einer Million Mitglieder ist der nationale Bauernverband die größte landwirtschaftliche Organisation in Polen. Er ist dabei über 40 europäische Informationszentren zu eröffnen, die den Bauern helfen sollen, die Reformen und die geforderte Infrastruktur der EU besser umzusetzen. Wladyslaw, der Präsident des nationalen Bauernverbandes meint, dass Polen zwar der EU beitreten sollte, aber nicht unter den derzeitigen Bedingungen für die Landwirtschaft.

"Wenn man die Vorschläge für die landwirtschaftliche Entwicklung der Dörfer mit den vorgeschlagenen Subventionen vergleicht, ist das, als ob man einem polnischen Bauern einen abgetragenen Anzug mit Gummistiefeln für einen langen, harten Winter anbietet. Die Vorschläge für die Infrastruktur sind minimal. Sie sind zwar gute Propaganda, aber entsprechen nicht der Realität der in Polen dringend benötigten Investitionen."

In jedem Fall ist man vom Landwirtschaftsministerium bis hin zum nationalen Bauernverband einig, dass der landwirtschaftliche Sektor in Polen modernisiert werden muss, ob das Land nun der EU beitrifft oder nicht. Die EU-Delegation in Warschau betont, dass diese Umstrukturierung mit der Unterstützung der EU sehr viel einfacher sein wird. Jean Marc Trarieux...

"Man kann nicht mehr als 20 Prozent der polnischen Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten lassen und dann weniger als vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaften. Diese Situation läßt sich nicht aufrechterhalten, also muss es eine Umstrukturierung der polnischen Landwirtschaft geben. Die Steigerung der Lebensfähigkeit der polnischen Landwirtschaft wird durch die EU unterstützt, und daher ist das eine Chance für Polen."

Brüssel ist zunehmend besorgt, dass Polen den Zeitplan nicht einhalten wird. Polen hat bisher bei weitem weniger Gesetze verabschiedet, die für den EU Beitritt erforderlich sind, als viele andere Beitrittsländer. Bisher hat Polen 23 der 30 Verhandlungskapitel abgeschlossen. Das heißt, dass es zu den nötigen Reformen in der Verwaltung und im Rechtssystem bereit ist, um das EU-Gesetz, den Aquis Communautaire einzuführen.

Doch die schwierigsten Kapitel wurden bis zum Schluß offengelassen. Das Kapitel Wettbewerb beinhaltet zwei wichtige Punkte: Zum einen den Umbau des Stahlsektors, der in der Sowjetära aufgebaut wurde und zweitens das Thema Nahrungsmittelsicherheit. Die Nahrungsmittelsicherheit ist für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes ein besonders neuralgischer Punkt. Falls Polen seine tiermedizinischen- und Nahrungsmittelstandards nicht rechtzeitig erhöht, könnten die Grenzen wieder geschlossen werden. Tierprodukte könnten an den EU-Grenzen gestoppt werden, da die derzeitigen Mitglieder nach einer Anzahl von Nahrungsmittelskandalen äußerst nervös sind, wie das Mitglied der EU- Delegation Jean Marc Trarieux erklärt.

"Die Standards für Nahrungsmittelsicherheit in der EU sind ganz klar definiert. Polen hat gar keine andere Wahl, als sie anzunehmen. Im Augenblick verbessert sich nach und nach der Standard im privaten Bereich der Milch- und Fleischbetriebe. Aber es bleibt noch viel zu tun."

Sowohl die EU als auch die polnische Regierung werden alles daran setzen, um es Polen zu ermöglichen, Teil der europäischen Familie zu werden. Eine Erweiterung ohne Polen ist politisch einfach nicht denkbar. John O'Rourke ist der stellvertretende Direktor der EU Delegation in Warschau.

"Polen ist ein sehr wichtiges Land, eine Erweiterung ohne Polen wäre hinsichtlich der Bevölkerung nur eine halbe Erweiterung. Polen liegt geographisch so, dass eine Erweiterung Europas ohne das Land irgendwie unvollständig wäre. Es ist unmöglich, die EU ohne Polen zu erweitern, aber das ist natürlich ein politischer Standpunkt."

Die polnische Nationalhymne beginnt mit folgendem Text:

„Polen ist noch nicht vernichtet. So lange wir noch leben. Das, was fremde Kräfte entrissen haben, werden wir uns mit dem Schwert zurückerobern.“

Die Anfangszeile der polnischen Nationalhymne reflektiert den stolzen und unbändigen Charakter des Landes, dessen Gebiete und nationale Unabhängigkeit so oft während seiner 1000-jährigen Geschichte bedroht wurden. Im 18. Jahrhundert verschwand Polen komplett, als das Land durch Russland, Preussen und Österreich geteilt wurde. Dann, nach dem 2. Weltkrieg geriet Polen unter den Einfluss der Sowjetunion. Und jetzt, kaum ein Jahrzehnt, nachdem Polen wieder seine Freiheit erlangt

hat, gibt es schon wieder die Angst, beherrscht zu werden. Brüssel wurde von Euroskeptikern und einigen Politikern sogar mit Moskau verglichen. Dazu Landwirtschaftsminister Jaroslaw Kalinowski.

"Wir können hier nicht über Diktatur sprechen, obwohl wir manchmal das Gefühl haben, dass die 15 Mitgliedstaaten versuchen, den Beitrittsländern ein Diktat aufzuzwingen. Und wir wollen nicht, dass die Beitrittsländer gedemütigt werden, weil jede Art von Diktatur oder Unterdrückung kontraproduktiv wäre."

Professor Zdzislaw Mach ist Direktor des Zentrums für Europäische Studien an der Jagellonen Universität in Krakau - Polens ältester Hochschule. Er sagt, dass die Angst so beherrscht zu werden, tief in der polnischen Psyche verankert ist und ein verzerrtes Bild von der EU-Mitgliedschaft zeichnet.

"Das ist etwas, das ganz tief in der polnischen Mentalität verankert ist. Ich würde sogar sagen, dass die ganze Beziehung zu Außenstehenden, mit fremden Mächten, zu Nachbarstaaten als Bedrohung gesehen wird. Und wieder nehmen wir neue Beziehungen auf und sprechen dabei über Bedrohung, werden wir uns verteidigen, werden wir uns verteidigen können? Diese Logik, dieses Vokabular, dieses Konzept führt zu einem total falschen Bild der europäischen Integration. Als wäre es ein Spiel, bei dem es einen Gewinner und einen Verlierer gibt. Tatsächlich sollte es aber als Herausforderung und Möglichkeit gesehen werden".

Sobald man sich in polnischen Städten befindet, ändert sich die Haltung zur Europäischen Union. Die renovierten alten Städte Warschau und Krakau ähneln den anderen europäischen Metropolen. Gothische Kathedralen, Barock- und Renaissance-Gebäude in der Innenstadt und große Plätze, wo gutgekleidete Geschäftsleute nach der Arbeit in den Straßencafes sitzen. Die Menschen laufen von Boutique zu Boutique und Straßenmusikanten buhlen um die besten Plätze, um den Touristen einen oder zwei Zloty abzuschmeicheln. Die einzige Erinnerung daran, dass dies einmal ein Ostblockland war, ist der ein oder andere Bauer, der Rettiche in Bündeln oder Blumen auf den Straßen von Krakau verkauft. Man hat gemischte Gefühle, aber man glaubt daran, dass die EU-Mitgliedschaft mehr wirtschaftlichen Wohlstand bringen wird.

"Ich denke, Polen sollte der Union beitreten, weil es einfacher sein wird, die polnische Wirtschaft auf einen besseren Stand als jetzt zu bringen."

"Ich bin überzeugt davon, dass Polen der Europäischen Union beitreten soll, und ich glaube, wir brauchen die EU, genau wie die EU uns braucht."

Doch einige Menschen hegen auch Zweifel.

"Die Forderungen der Union werden verschärft. Die Forderungen, dass wir uns anpassen sollen, sind die einzigen Dinge, die wir zu hören bekommen. Wir können keine Vorteile sehen, und es scheint so zu sein, dass wir manche Sachen nicht tun dürfen, wie zum Beispiel im Ausland zu arbeiten. Der Punkt ist, dass wir viele Ausgaben haben werden, bevor wir beitreten können."

"Die Polen betrachten die Möglichkeiten ganz realistisch. Es geht alles ums Geld, und es existiert die weitverbreitete Angst, dass Polen durch ausländisches Kapital ausgebeutet wird und der Profit ins Ausland wandert. Und wir haben Angst davor, dass die Ausbeutung noch schlimmer wird, wenn wir in der EU sind."

Aber da ist auch das starke Gefühl, dass Polen zu Europa gehört und nur künstlich davon getrennt wurde. Der EU-Beitritt wird als Chance gesehen, wieder der europäischen Familie anzugehören. Laut Umfragen unterstützen ca. 55 bis 60 Prozent der Bevölkerung den Beitritt zur Union, aber die Anzahl der Leute, die deswegen zu den Wahlurnen gehen wollen, ist deutlich geringer. Ein Referendum über die Mitgliedschaft im nächsten Jahr könnte daran scheitern, dass sich nicht genug Leute dazu aufrufen, zur Wahl zu gehen. Bei den Parlamentswahlen im letzten September erschien gerade mal etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung in den Wahllokalen. Krzysztof Zargorski, Soziologe und Direktor des CBOS, eines führenden Marktforschungsinstituts in Warschau, ist dennoch optimistisch.

"Ob es nächstes Jahr oder morgen stattfindet, das Ergebnis des Referendums wird positiv ausfallen, denke ich. Die Mehrheit wird mit ja stimmen. Ich habe eben nur Angst, dass das Referendum wegen zu geringer Wahlbeteiligung keine Rechtskraft erlangt."

Ein Männerchor singt in der Sonntagsmesse in einer von Polens berühmtesten und wichtigsten Kathedralen. Die königliche Wawel-Kathedrale - auch der königliche Tempel Krakaus genannt - ist die letzte Ruhestätte der meisten Monarchen Polens. Krakau ist auch als Heimat von Papst Johannes Paul II. bekannt. 95 Prozent der Bevölkerung sind römisch-katholisch und viele sagen, dass die Polen das Christentum nach Europa brachten, als es 966 bekehrt wurde. Die katholische Kirche bekannte sich erst kürzlich zur Europäischen Union. Der Erzbischof von Krakau, Tadeusz Pieronek, ist einer der eifrigsten Befürworter eines polnischen EU-Beitritts.

"Sagen wir es so so: um die Alternativen Polens zu betrachten kann man sich die Frage stellen - wenn nicht Brüssel, dann vielleicht Wladiwostock? Die Kirche hat seit vielen Jahren, ja vielen Generationen großen Einfluß auf die Gesellschaft. Der EU beizutreten ist die einzige Chance für Polen, um wirklichen Fortschritt in der Entwicklung der Gesellschaft zu erreichen, und es ist keine Überraschung, dass die Kirche diese Möglichkeit unterstützt."

Dennoch haben viele Euroskeptiker davor gewarnt, der Europäischen Union beizutreten. Polen würde von der lockeren Moral des Westens bedroht werden, wo Homosexualität und Abtreibung geduldet werden. Andererseits sehen einige Eurobegeisterte den Beitritt Polens als Möglichkeit, die Union auf einen spirituellen Pfad zurückzuführen. Dieser Meinung ist Erzbischof Pieronek allerdings nur bedingt.

"Ich glaube, wir können über Vorteile für beide, für Polen und für Europa sprechen. Ich sehe Polen nicht als ein Land mit einer Mission oder als moralischen Retter. Aber unsere geistige Denkweise kann einen positiven Beitrag zu Europa leisten. Ob Europa diese Denkweise teilt, bleibt abzuwarten."

Die Kirche unterstützt die Regierung bei ihrem Vorhaben, eine immer größer werdende Menge skeptischer Bürger von den Vorteilen einer Mitgliedschaft zu überzeugen. Die Kirche könnte ausschlaggebend für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung sein, um die 50-Prozent-Hürde für ein gültiges Referendum zu überwinden. Professor Mach glaubt, dass das machbar ist....

"Die Menschen in Polen sind passiv, das ist wahr, aber sie können auch durch die gesellschaftlichen Kräfte Polens mobilisiert werden. Ich meine jetzt nicht nur durch die Regierung, sondern auch durch die katholische Kirche. Ich denke dadurch werden wir ausreichend Stimmen gewinnen und auch die Mehrheit beim Referendum."

Im Mai hat die polnische Regierung eine landesweite Informationskampagne gestartet, um die Bevölkerung über die EU aufzuklären. Anzeigen fordern die polnische Bevölkerung auf, im Referendum im nächsten Jahr mit ja zu stimmen. Das wird allerdings nicht einfach sein, weil die Lobby der Bauern weiter gegen die EU- Mitgliedschaft ankämpfen wird. Die Regierung hat da eine schwere Aufgabe vor sich. Warschau muss nicht nur die Bauern und die Bevölkerung im allgemeinen von den Vorteilen einer Mitgliedschaft überzeugen. Sie muss auch Brüssel überzeugen, dass das Land in der Lage ist, sein Verwaltungs- und Rechtssystem rechtzeitig für den vorgeschlagenen Beitritt 2004 zu reformieren. Aber Polen weiss auch ganz genau, dass der Beitritt äußerst wichtig für die Osterweiterung ist und daher hat das Land auch eine bessere Verhandlungsposition. Es ist entschlossen, alle Kapitel der Beitrittsverhandlungen bis Juni dieses Jahres abzuschliessen. Die öffentliche Aufklärungskampagne läuft, und im August beabsichtigt Johannes Paul II. sein Heimatland zu besuchen. Ein Teil seiner Botschaft wird sein, seine Landsleute von den Vorteilen des Beitritts zur europäischen Familie - sowohl für die eigene Heimat als auch für die Europäische Union - zu überzeugen.